

Kammerer Zeitung

Unentgeltliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einseitigen Nonpareille:
zweite 50 Pfa., bei weiteren 40 Pfa., viertel-
zweite 2,00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe
unserer Anzeigenbedingungen. Verlag der Kammerer
Zeitung G. m. b. H., für die Redaktion verantwortlich:
D. Schütz, Kamen.

Vollstrecker für Kamen und Umgebung verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der aufgestellten Bedingungen. Eintritt
täglich. Monatlicher Beitrag 4,00 Mk., durch die Post
bezogen vierteljährlich 12 Mk. Falls man in der Vorauszahlung
oder Beibehaltung der Zeitung zögert, hat der Versicherer
keinen Anspruch auf Versicherung oder Nachzahlung des
Beitrags oder auf Rückzahlung des Beitrags.

Nr. 95

Samstag, den 24. April 1920

48. Jahrgang

Eine Reichswehr von 200 000 Mann?

(W) Wie von ausländischer Seite mitgeteilt wird, ist die von der deutschen Regierung den Verbündeten überreichte Note über die dauernde Beibehaltung des 200 000 Mann-Standes damit begründet, daß 160 000 Mann, die in den einzelnen Garnisonen über ganz Deutschland verteilt werden müßten, zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und somit zur Regelung des Wirtschaftslebens, durch die überhaupt erst die Erfüllung des Friedensvertrages möglich ist, nicht hinreichend würden. Durch eine Verschiebung der Bildung des 100 000 Mann-Standes auf einen späteren Zeitpunkt leiden die Einheitlichkeit und Festigkeit des Heeres auf das schwerste angeht, die Ungewißheit der Zukunft seiner Angehörigen. Auch ein 200 000 Mann starker Heer könnte als Kampfarmee weder zur Verteidigung noch zum Angriff gegen eine ausländische Macht in Betracht kommen, ganz abgesehen davon, daß gerade bei äußeren Verwicklungen starke Streitkräfte im Innern des Reiches zur Aufrechterhaltung der Ordnung und des gesunden Verstandes notwendig werden. Die beantragte Beibehaltung eines 200 000 Mann starken Heeres für jede der 12 Infanteriedivisionen, von insgesamt 8 Fliegerabteilungen und 4 Eisenbahnpompaginen sei notwendig, weil die Erfahrungen gezeigt haben, daß die Aufrechterhaltung der Ruhe nach den Erfahrungen des Stellungskrieges durch Anlegen von Feldbefestigungen, die die Regimentsgruppen über gleichwertige oder überlegene Kampfmittel verfügen müßten. Diese müßten sofort zur Stelle sein, um gleich bei Beginn des Kampfes die Moral des Gegners zu brechen. Um die von den aufständischen Elementen aus politischen Gründen und zur Verhinderung von Truppentransporten versuchte Zerschlagung des Eisenbahnnetzes zu verhindern, sei unbedingt nötig, über Eisenbahnpompaginen zu verfügen, mit denen der Betrieb für Truppenverschiebungen aufrecht erhalten werden könne und die auch in der Lage seien, Bahnverfahrungen wieder herzustellen. Kleine Fliegerformationen werden nur vorübergehend bis zu einer beruhigten Lage zur Aufrechterhaltung der Verbindungen und zur Luftüberwachung benötigt.

In einer Sabasmitteilung aus San Remo wird gesagt, daß Italien und England geneigt wären, der Forderung Deutschlands auf Erhöhung seines Mannschaftebestandes auf 200 000 Mann entgegenzukommen, vorausgesetzt, daß Frankreich genügende Sicherheiten gegeben werden. Von englischer Seite habe man immer Sympathie gezeigt für die Notwendigkeit, den Bolschewismus zu bekämpfen, durch den die deutsche Forderung begründet werde. Man bemerke ebenfalls, daß während der vorbereitenden Erörterungen des Friedensvertrages Marschall Foch die Absicht betreten habe, Deutschland eine Armee von 200 000 Mann zu bewilligen. In französischen Kreisen besaße man sich jede Meinung bis zur genauen Prüfung des Problems durch die Konferenz vor. Jedoch sei daran zu erinnern, daß die Heraushebung der deutschen Streitkräfte auf 100 000 Mann und ihre Rekrutierung durch freiwillige Anwerbung von Lloyd George befohlen worden sei, dessen Auffassung schließlich den Sieg davongetragen habe.

Beseitigung des alten Offizierskorps.

Die Beurlaubung des Majors von Giffa, des Chefs des persönlichen Stabes des Reichswehrministers, dürfte die völlige Umorganisation des Reichswehrministeriums und der Heeresleitung einleiten. Die Vorgänge sind zweifellos eine Fortsetzung der bekannten Geheimschreibungen an die Regierung. Der bisherige persönliche Stab des Reichswehrministers dürfte ganz aufgegeben werden, und an seine Stelle nur eine kleine Adjutantur treten. Auch in der Heeresleitung und im Personalrat werden zahlreiche Offiziere verabschiedet werden. Herr von Giffa beauftragte einen Mitarbeiter des „Volksanz.“ gegenüber, daß für sein Aussehen irgend welche

Differenzen mit dem Reichswehrminister nicht in Frage kämen.

Zu dem Umformungsplan des Reichswehrministeriums schreibt der „Abend“ u. a.: Wenn es ohne weiteres verständlich ist, daß bei dem verkleinerten Heer viele Stäbe überflüssig geworden sind, so scheint es doch, als wenn man aus politischen Gründen einen Weg einschlagen will, der von den Linksradianten gebilligt werden kann. Man will sich nicht nur durch die Militäristen in Deutschland, sondern auch durch die Offiziere der Reichswehr, die eine gefährliche Verleumdung herbeiführen kann.

Die Beteiligung Deutschlands an der Konferenz in San Remo?

Sabas meldet aus San Remo: Man sei in der Lage, Aufklärung zu geben über die Ursachen der Uneinigkeit, die sich in den ersten Privatunterhaltungen vom Sonntag zwischen den Ministerpräsidenten zeigte. Am Vormittag bei der ersten Begegnung Millerands mit Lloyd George habe dieser erklärt, die rationelle Lösung der Fragen betreffend den Friedensvertrag von Versailles zu erörtern, wäre nach Paris eine Konferenz einzuberufen, auf der Deutschland vertreten sei. Millerand, ohne sich die Angelegenheiten dieses neuen Verfahrens zu verheimlichen, habe erklärt, er könne ihm nur unter gewissen Bedingungen zustimmen. Nachmittags bei der Beratung der Ministerpräsidenten habe Lloyd George den Vorschlag wieder aufgenommen und sei von Mitt unterstellt worden. Die beiden Ministerpräsidenten hätten den Vorschlag dieser Verhandlungen mit den Deutschen unterzogen und auf das Interesse hingewiesen, das es für Frankreich habe, die Entscheidung, die von Deutschland verlangt werden könne, sofort festzusetzen, ohne bis 1921 zu warten, namentlich deshalb, weil man dadurch die Mitarbeit des deutschen Volkes erlange. Millerand habe sich alsdann formell dieser Forderung widersetzt, und es sei ihm keine Folge gegeben worden. Es scheint nicht, daß sich nochmals gestellt sei. Des sei die Meinung, daß die auf den ersten Beratungen der Konferenz gelangt hätte. Die Lage scheint jetzt ungeklärt und wirklich gesteuert zu sein.

Es ist interessant, von französischer halbamtlicher Seite bestätigt zu hören, daß Lloyd George und Mitt den Vorschlag zu einer direkten Verhandlung mit Deutschland machten. Es scheint unzweifelhaft, daß England — und in seinem Gefolge Italien — es für vorteilhafter halten, daß die augenblicklich schwebenden Fragen der deutschen Wehrmacht im Rahmen Deutschlands behandelt werden. Unzweifelhaft ist ferner, daß England großes Interesse daran hat, klare Linien für die Ausübung des Friedensvertrages hinsichtlich der Höhe der Entschädigung zu schaffen, um endlich zu positiver Arbeit im Rahmen eines gemeinsamen Finanzprogramms zu kommen. Sabas behauptet nun, daß der Vorschlag Lloyd Georges fallen gelassen sei; anschließend behauptet man von französischer Regierung, mit dieser Erklärung weitere Verhandlungen in dieser Frage zu unterbinden. Während von deutscher Seite gemeldet wurde, daß keine Einladung zur Konferenz erfolgt sei, hören wir aus Basel folgendes:

Aus Lugano wird gemeldet: Eine russische Delegation an den „Popolo d'Italia“ behauptet, daß der deutsche Gesandte in Rom, Herr, die Hauptstadt verlassen habe, um an der Konferenz in San Remo teilzunehmen.

(U) Eine Pariser Meldung zufolge berichtet der „Matin“ aus San Remo: Die Antwort auf die deutsche Note wird am Samstag veröffentlicht werden. In der Antwort des belgischen Ministers und in Anwesenheit des amerikanischen Vizepräsidenten in Rom, Lloyd George erklärte, daß die Ausübung des Vertrages verlangt werde, daß aber seiner Meinung nach Deutschland den Vertrag nicht verletzt oder gar bösen Willen gezeigt habe. In dieser Form argumentiert Lloyd George die Antwort, die er Deutschland und auch Frankreich auf seine Bitte, auf fester Durchführung des Vertrages zu bestehen, erteilen wird.

Der Oberste Rat setzte in San Remo die Beratung der territorialen Klagen des Friedensvertrages mit der Türkei fort und setzte die Grenzen der europäischen Türkei fest. Bei der Prüfung der armenischen Frage erkannte der Rat auf Zuteilung von Erzerum an Armenien. Außerdem wurde be-

schlossen, daß die internationale Meerengenkommission an Stelle der von der Londoner Konferenz gebildeten Zentralkommission die Kontrolle der Türkei übernehmen solle. Darauf beschloß sich die Konferenz mit dem Feldzug der Bolschewisten gegen Batum. Die französischen und die englischen Delegationen verzögerten die von den anderen Delegationen geforderte Klärung der Stadt. Daher wurde beschlossen, daß die britischen, die französischen und die italienischen Streitkräfte die Stadt verteidigen sollten.

„Frankreichs günstiger Augenblick.“

Die Pariser Morgenblätter besprechen sehr lebhaft die Verhandlungen in San Remo. „Libre Parole“ schreibt: Die Tatsache, daß England und Italien namentlich dem Vorschlag Frankreichs über die Entwaffnung Deutschlands zugestimmt haben, muß ausgenutzt werden. Für Frankreich ist jetzt der günstigste Augenblick gekommen. Es müßte in San Remo durchsetzen, daß nicht nur die Beibehaltung des Malingues aufrecht erhalten bleibe, sondern auch das Ruhrgebiet von französischen Truppen besetzt werde, bis zu dem Zeitpunkt, wo Deutschland alle militärischen Klauen des Friedensvertrages erfüllt habe. Vornehmend ist auch die Stellungnahme Marce Cachtin in der „Humanität“. Die französischen Sozialisten werden die Handlung, die die deutschen Arbeiter im Ruhrgebiet vor der Brutalität der Kriegsgewalt, nur betrachten. Sie billigen alle Maßnahmen, die dazu führen können, die militärische Besetzung von jenseits des Rheines wegzuräumen. (Das aber die französische „Humanität“ findet, daß die Ruhrgebiete dringender, das Fest der „Sozialist“ Cachtin ganz in der Debatte. Was sagt die „Freiheit“ zu dieser antimitaristischen — wohlgenährten — Einstellung antimitaristischen Auslassung ihres Genossenschaft von jenseits des Rheines?)

Rußland gegen den Länderschacher in San Remo.

Die „Hamb. Nachr.“ melden aus Moskau: Die in San Remo geführten Gespräche über die orientalische Frage haben den energiegelassen Protest Russlands hervorgerufen. Eine Anzahl von politischen Organisationen in Russland sandte den Verbündeten eine Erklärung, in der die Achtung vor den Rechten Russlands bekräftigt wird. Russland habe ein Recht zu fordern, daß die Dardanellen frei seien. Sie müßten unter internationaler russischer Kontrolle gestellt werden. Weiterhin wird Protest erhoben gegen den Beschluß über Batum, das die Verbündeten zu einem Freihafen zugunsten der neuen Republik umgestalten wollten. Batum gehöre zu Russland, und Russland wolle auf seine Rechte nicht verzichten. Russland könne auch nicht zugeben, daß die Verbündeten über Gebiete verfügen, die den früheren russischen Ländern gehören. Da die Beschlüsse des Obersten Rates ohne die Mitwirkung Russlands gefaßt worden seien, so würden sie von Russland nicht anerkannt.

Das Lebensmittel-Abkommen mit Amerika.

(W) Nach längeren Verhandlungen, die in Folge der innerpolitischen Vorgänge in der letzten Märzhälfte eine unvollständige Unterbrechung erfahren hatten, ist zwischen den Reichsbehörden und den amerikanischen Paderfirmen ein zweites Abkommen über Lieferung von Fleisch, Schmalz, Milch und anderen Fetten in einer Gesamtmenge von 4 Millionen Dollar (24 Millionen Mk.) auf Kreditbasis zustande gekommen. Die Rückzahlung der 4 Millionen Dollar wird durch einen besonderen Zahlungsplan, beginnend Anfang 1921 bis Mitte 1922, durch die Devisenbeschaffungsfleisch erfolgen. Die Lieferung der Waren beginnt sofort. Unter anderem werden sämtliche in Hamburg, Rotterdam, Antwerpen und in Skandinavien lagernden Bestände der Paderfirmen sofort übergeben. Geleitet werden 250 Millionen Kilogramm Brotgetreide, für weitere 150 Millionen Kilogramm Brotgetreide schweben die Kaufverhandlungen. Die Finanzierung ist sichergestellt. Außerdem werden geliefert 45 Millionen Kilogramm Australanfleisch, 50 000 lebende Schweine, 20 000 lebende Kinder, 25 Millionen Kilogramm Speck, 25 Millionen Kilogramm Schmalz, 3 Millionen Kilogramm Käse, 400 000 Äpfel, Milch zu je 48 Dosen, verschiedene Delikatessen, ferner ist die Lieferung von größeren Mengen Heringe aus England und aus Skandinavien sichergestellt.

(W) Das bereits bekanntgegebene Abkommen mit Holland über 25 Millionen

Gulden für Lebensmittel ist nunmehr ratifiziert worden. Auch sind inzwischen die betreffenden Lieferungsverträge zwischen den zuständigen Reichsbehörden und holländischen Lieferanten abgeschlossen worden.

Sympathieundgehungen aus der Arbeitererschaft für die Reichswehr.

Die Besuche, die Reichswehrtruppen als arbeitsfähig hinzustellen, finden in Arbeiterkreisen wenig Zustimmung. Auch die Arbeiter sehen in den Reichswehrtruppen ihre Beschäftigung, die sie von der von einer kleinen Minderheit ausgeübten Gewalttätigkeit befreit haben. Das bezeugt u. a. folgende von dem Betriebsrat einer Zechen im Dortmunder Revier gefaßte Entschließung:

„Die, mit Ausnahme eines kleinen Prozentsatzes auf dem Boden der Verfassung stehenden Mitglieder der Beamten- und Arbeitererschaft der Zechen begrüßen das Einrücken der Reichswehrtruppen in unser Revier. Sie sehen in den Truppen und ihren Führern ihre Freunde und Helfer aus dem Joch einer brutalen Gewalttätigkeit. Unnützlich und nutzlos haben ordentliche Arbeiter erdulden müssen, daß sie von ihrer Arbeitstätte gewaltsam ferngehalten oder vertrieben wurden von einer brutalen, schwer bewaffneten Minderheit, die keine Kampfmittel, keine Sabotage schenken. Ordentliche, fleißige Arbeiter sind in ehrenvoller Verteidigung ihrer Arbeitstätte ein Opfer von Meuterei geworden. Wir wünschen, daß die Reichsregierung standhaft in der Pflicht, das Inhabergebiet von diesen Menschen und Tagedieben zu befreien, damit wir endlich mal durch den Segen der Arbeit zu geordneten Zuständen kommen.“

Tagesereignisse.

— (Ein polnisches Abkommen mit Danzig.) Am 22. April ist zwischen der Republik Polen und der polnischen Freistadt Danzig ein vorläufiges Abkommen unterzeichnet worden. Das Abkommen wurde auf 4 Monate abgeschlossen. Es enthält vier Teile, und zwar 1. Polizeien, 2. Eisenbahnen, 3. Zollwesen, 4. Post-, Telegraphen- und Telefongesetze. Das Abkommen tritt 15 Tage nach der Unterzeichnung in Kraft. Die beiden vertragschließenden Parteien setzen auf dem Standpunkte, daß die Anknüpfung von engen Beziehungen auf bloß nomistischem Gebiete im beiderseitigen Interesse liegt.

— (Mißbrauch von unerwünschten Ausländern ins besetzte Gebiet.) In besetzten Gebieten kamen mehrere Fälle mit über 600 Russen und Polen an, die ohne oder mit gefälschten Pässen in Frankreich aufgegriffen und wieder abgeschoben worden waren. Da diese Ausländer über das besetzte Rheinland nach Frankreich gekommen waren, wurde französischerseits der Grenzschutz verstärkt und außerdem dem englischen Kommandanten in Köln mitgeteilt, daß sich in dem von seinen Truppen besetzten Gebiet noch mehrere tausend dieser unerwünschten Ausländer aufhalten. Es werden Maßnahmen getroffen, sie auch aus dem besetzten Gebiet abzuschließen.

— (Die Mosseier in den Schulen.) Falls die religiöse Bewegung der Mosseier tagtäglich nicht rechtzeitig erfolgt, ordnet der Kultusminister an: 1. Es bleibt dem Kultusminister die Entscheidung überlassen, ob am 1. Mai die Schulen geschlossen werden sollen oder nicht. 2. In den Orten, wo an den gemeinsamen Schulen der Unterricht am 1. Mai ausfällt, ist er auch an den staatlichen Anstalten anzuschließen. 3. Auch an den Schulen, die den Unterricht nicht aussetzen, darf kein Lehrer und kein Schüler aus dem Fernstudium an diesem Tage irgend ein Nachteil erleiden.

— (Menschenwieser in Russland.) Nach einem Telegramm aus Helsinki meldet die finnische Presse aus Kiga, daß in Russland sich wieder eine Bewegung geltend mache, deren Zweck ist, ein neues reiches Heer zu einem Feldzug gegen die Bolschewisten aufzurufen. In Chardin organisierte General Semow ein Heer, gleichzeitig wird General von Krasnow in Verla für eine Unternehmung dieser bürgerlichen Bestrebungen in Russland wirken. Man hofft, ein Heer in Russland zu schaffen, das hauptsächlich aus früheren deutschen Soldaten besteht, die sich jetzt unter russischen Kommando befinden.

— (Russland zu Verhandlungen bereit.) Ein leitendes Mitglied der russischen Handelskommission hat dem kopenhagener Vertreter des norwegischen Wüchs erklärt, daß Russland zu Verhandlungen über die alte russische Staatsschuld und des besetzten Länders Auslandsbesitz bereit sei. Die Entente müsse jedoch ihren Widerstand aufgeben, mit den Vertretern der Sowjetregierung zu verhandeln. Bevor nicht gewisse Fragen, darunter die Blockadefrage, geregelt seien, sei jede Verhandlung mit Sowjetrussland unmöglich.

